

FRAGE

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, die Dachorganisation der Notenbanken, hat vor einem steigenden Einfluss von Tech-Konzernen wie Apple, Alphabet/Google und Facebook im Zahlungsverkehr gewarnt. Die BIZ sorgt sich vor allem um die enormen Mengen an Kundendaten, die die Konzerne sammeln und kontrollieren. Zudem könnten sie mit ihrem Vormarsch im Zahlungsverkehr und bei Digitalwährungen die traditionelle Finanzwirtschaft gefährden. Wie schätzen Sie Risiken und Chancen sowie den Einfluss auf die Regulierung ein?

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das Risiko für "to big to fail" wird deutlich größer. Eine Überwachung und Regulierung deutlich schwieriger.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

In einer freien Marktwirtschaft ist Wettbewerb zu begrüßen, deshalb spricht nichts dagegen, dass Tech-Konzerne in dieses Metier vorzustoßen. Allerdings sollte das Spiel mit gleich langen Spießen erfolgen. Es darf nicht sein, dass Tech-Konzerne weniger stark reguliert werden als der traditionelle Finanzsektor.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Im Grunde läuft vieles im Zahlungsverkehr gerade in Deutschland noch ausgesprochen rückständig. Mehr Wettbewerb gerade auf dem Gebiet der Dienstleistungs-Innovationen ist da eine gute Nachricht. Allerdings ist auch klar, dass damit traditionelle Banken-Geschäftsmodelle verloren gehen könnten.

Prof. Dr. Laszlo Goerke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Eberhard-Karls-Universität Tübingen:

Gefahren und Chancen zugleich, deren 'Nettoeffekt' sich für mich momentan noch nicht abschätzen lässt.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Nicht ohne gute Gründe wurde das Geldwesen privaten Einflüssen weitgehend entzogen und eine gewisse Kontrolle der Finanzmärkte, die bei weitem noch nicht ausreichend ist, entstand schrittweise erst nach gewaltigen Finanzmarktkrisen.

Volker Hofmann Director, Leiter Volkswirtschaft, Bundesverband deutscher Banken e.V.:

Konzentration wird auch durch das enorme Ungleichgewicht in der Regulierung (kein Level-Playing-Field) gefördert.



Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Bei der Gefahr der Datensammlung stimme ich zu. Aber ansonsten belebt auch hier der Wettbewerb das Geschäft.

FRAGE

Ihr Kommentar zur Bundestagswahl/dem Bundestagswahlkampf:

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Ein einzelner Kandidat wird es absehbar nicht schaffen, allein die Richtung zu bestimmen. Es wird eher darauf ankommen, welche der möglichen Koalitionen zustande kommt und wie dort die Balance aussieht.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Alle Kanzlerkandidaten kommen aus der 2.Liga. Das beste Team mit den besten Konzepten und Themen wird sich durchsetzen. Aufgrund der Stamm-Wähler wird das wahrscheinlich CDU/CSU sein.

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

Söder

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Entscheidend ist, dass die offensichtlichen Aufgaben nun endlich erledigt werden. Das ist völlig unabhängig von der Person. Digitalisierung, Bildung und der Energiewandel müssen vorangetrieben werden.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Keiner dieser Kandidaten. Es ist, Gott sei Dank, auch nicht Aufgabe eines Kanzlers, die deutsche Wirtschaft zu steuern. Die Regierung hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich die Wirtschaft in gewünschter Weise selbst steuert. Da liefert die FDP die besten Ansätze derzeit.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Besser ein Kanzler steuert die Wirtschaft in keiner Weise, da ihr/ihm in der Regel dazu die Kompetenz fehlt. Merkel ist dafür nur ein Beispiel (Atomausstieg, Migrationspolitik, Pandemiechaos usw.). Darum kann man angesichts dieser Kandidatenliste nur mit Schrecken an die Zukunft denken; heißt es nicht man kommt vom Regen in die Traufe?

FRAGE

Die Inflationsrate in Deutschland ist im Juli auf 3,8 Prozent (Juni: 2,3 Prozent) geklettert. Das ist der höchste Wert seit 1993. Wie lange erwarten Sie für Deutschland eine Inflationsrate oberhalb der EZB-Zielmarke für die Preissteigerungsrate (nach HICP) von 2%?

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Ein Großteil der Sonderfaktoren fällt 2022 wieder weg. Mit negativen Basiseffekten fällt auch die Inflationsrate wieder Richtung 2%. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit auf einen Pass-through von höheren Erzeugerpreisen auf Verbraucherpreise durch die gestiegene Sparquote aktuell so hoch wie noch nie.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Die aktuelle Inflation wird von einer Reihe von Basiseffekten bestimmt, die im nächsten Jahr wieder auslaufen sollten.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wir haben eben ein Europa der zwei Geschwindigkeiten und die EZB-Politik richtet sich an den schwachen Ländern aus. Das führt in Deutschland zu höheren Inflationsraten, die aufgrund des Basiseffektes bzgl. der Umsatzsteuer in 2021 stärker durchschlagen.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Es handelt sich um ein temporäres Phänomen beim gegenwärtigen Inflationsanstieg. Es sind vor allem Basiseffekte ab Werk. Der Spuk hat zu Jahresbeginn 2022 bereits sein Ende.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Die EZB steigt nun mit "grüner Geldpolitik" voll ein in die Fiskalpolitik, d.h. Finanzierung staatlicher Ausgaben und Bevorzugung bestimmter Branchen. Das wird anhaltend zu mehr Inflation führen.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Die Inflationsprognose ist derzeit mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Basiseffekte, Corona-bedingte Sondereffekte (wie z.B. bei Pauschalreisen), sowie deutliche Preisaufschläge bei einzelnen Gütern und Dienstleistungen verzerren das Bild.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Die Regierungen haben sich mit ihrem "Covid-Wahnsinn" europaweit so stark verschuldet, dass sie eine hohe Inflation brauchen, um ihre Schuldenlast real zu mindern.

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz:

Die erhöhte Inflationsrate ist unter anderem bedingt durch die Rücknahme der Reduktion der Mehrwertsteuer letztes Jahr. Wenn dieser einmalige Sondereffekt wegfällt, werden die

Inflationsraten wieder auf das Level der Lohnerhöhungen abzüglich des Produktivitätswachstums zurückkehren und somit unter 2 Prozent liegen.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Das ist auch politisch gewünscht, um die Bedienung der Staatsschulden abzufedern.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Für das Euroland und die EU ist der Inflationsdruck nicht ganz so hoch.

FRAGE

Während die Inflation im Juli 2021 auf 3,8 Prozent stieg, konnten die Löhne im in Deutschland im 1. Halbjahr 2021 nur um 1,6 Prozent zulegen. Damit könnten 2021 erstmals seit einem Jahrzehnt die Preise stärker steigen als die Löhne. Rechnen Sie damit, dass es 2021 für die Arbeitnehmer im Schnitt zu einem realen Kaufkraftverlust kommt?

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Es wird keine lange, sondern eher eine einmalige Spirale werden, bei der Löhne einmalig steigen werden, es aber nicht zu einem permanenten Aufschaukeln kommen wird.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Wenn die Inflationsrate in 2022 wieder spürbar unter 2 Prozent liegt und die Inflationserwartungen nicht weiter angetrieben werden, sollte sich eine Lohn-Preis-Spirale durch die Vernunft der Tarifparteien vermeiden lassen. Die Erfahrung zeigt ja: am Ende verlieren auch die Beschäftigten.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Corona-bedingte stärkere Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wird nachlassen.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Wenn auf die Reallohnentwicklung geachtet wird, sollte der Durchschnitt der Jahre 2020 und 2021 betrachtet werden. Es sollte bedacht werden, dass im Jahr 2020 die Preise, vor allem die Energiepreise, stark rückläufig waren. Arbeitnehmer haben davon profitiert. Aus den gegenwärtigen Reallohneinbußen leitet sich also nicht die Forderung nach einem direktem Lohnausgleich ab.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Auch wenn eine Lohn-Preis-Spirale aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich ist, das Risiko ist da.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

EZB und Bundesbank sind heute "politisch" besetzt und werden die Inflationspolitik mit allen Konsequenzen zu Lasten der unteren und mittleren Einkommensgruppen unterstützen

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz:

Die Gewerkschaften sind zu schwach, um übermäßige Lohnerhöhungen durchsetzen zu können. Zudem wissen sie, dass Lohnerhöhungen sich in Veränderungen der Inflationsrate in die gleiche Richtung niederschlagen.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Mit dem Rückgang der Corona-bedingten Produktions- und Handelsbeschränkungen wird der Inflationsdruck schnell nachlassen.

FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Walter Assenmacher Universitätsprofessor i.R., Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Duisburg-Essen:

nicht wesentlich

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Nein, eigentlich nicht. Kurzfristig bleiben die Risiken von Delta und Lieferkettenengpässen, aber die allgemeinen Aufholeffekte sollten stärker sein. Damit bleibt mein Konjunkturszenario bestehen, bei dem die deutsche Wirtschaft vor Jahresende wieder auf Vorkrisenniveau angelangt ist.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Nein

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Etwas zurückhaltender für die Zukunft

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Nein

Prof. Dr. Erwin Amann Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Duisburg-Essen:

nein

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Aktuelle Lage hat sich verbessert

Prof. Dr. Laszlo Goerke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Eberhard-Karls-Universität Tübingen:

nein

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

kaum

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

verschlechtert

Prof. Dr. Norbert Berthold Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Julius-Maximilians-Universität Würzburg:

nein

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

leicht negativer

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Geringfügig besser.

Prof. Dr. Karl-Hans Hartwig Emeritus, Professur für Verkehrswissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

nein

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

verbessert

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM Hochschule für Oekonomie und Management sowie Institut Supérieur de l'Économie (ISEC)/Luxembourg:

Meine Einschätzung hat sich nicht wesentlich verändert

Prof. Dr. Till Requate Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Nein

Prof. Dr. Ludovic Subran Allianz, Chefvolkswirt und Leiter von Allianz Group Economic Research:

Tschüss Rezession, hallo Aufschwung - die BIP-Daten für das zweite Quartal belegen zwar, dass die deutsche Wirtschaft auf Erholungskurs ist. Allerdings ist das Tempo etwas verhaltener ausgefallen als wir angenommen hatten. Im dritten Quartal dürfte die Konjunkturdynamik noch einmal einen Gang höher schalten, dennoch wird es schwierig werden, für das Gesamtjahr 2021 beim BIP-Wachstum die 3% - Marke zu knacken

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

nein

Volker Hofmann Director, Leiter Volkswirtschaft, Bundesverband deutscher Banken e.V.:

Aktuelle Lage leicht verbessert

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Wir erholen uns, auch, wenn es langsamer als erwartet ist.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Etwas besser

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

ja

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Ja